



## **Rede von Ministerpräsident Lies zur Medienpolitik im Niedersächsischen Landtag am 18. November 2025**

Top, 6-8 (gemeinsame Beratung)

Entwurf eines Gesetzes zum Sechsten Medienänderungsstaatsvertrag

Entwurf eines Gesetzes zum Siebten Medienänderungsstaatsvertrag

Entwurf eines Gesetzes zum Achten Medienänderungsstaatsvertrag

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir beraten heute den 6., 7. und 8. Medienänderungsstaatsvertrag. Es geht um Jugendschutz und eine umfassende Reform von Auftrag, Struktur und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Aber es geht auch um noch viel mehr: Niemand kann noch die Augen davor verschließen, dass es bei allen wichtigen medienpolitischen Entscheidungen auch um die Zukunft unserer demokratischen Öffentlichkeit geht. Wer heute Medienpolitik macht, entscheidet mit darüber, wie informierte Meinungsbildung morgen noch gelingt.

Es geht darum, ob intransparente Algorithmen den öffentlichen Diskurs und die politische Meinungsbildung bestimmen oder ein vielfältiges, unabhängiges und transparentes Medienangebot, mit Medienschaffenden, die zu ihren Recherchen und Berichten stehen und die auch Verantwortung übernehmen oder auch in die Verantwortung genommen werden können.

Es geht um die Stärke unserer Demokratie – durch Medien, die helfen, Wahrheit von Lüge und Fakten von gefälschten Bildern zu unterscheiden – was in Zeiten von KI ohnehin immer schwieriger wird.

Bei allen detaillierten und notwendigen Regelungen:

Unsere Demokratie braucht wieder mehr Journalistinnen und Journalisten und nicht noch mehr Influencerinnen und Influencer. Mehr Recherche, Einordnung, Widerspruch – und weniger Algorithmen, die nur Reichweite optimieren und nicht unterscheiden, ob der Bundespräsident spricht oder eine Katze tanzt.

Für diese Aufgabe brauchen wir Redaktionen – im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie im Übrigen auch in privaten Rundfunkanstalten und Verlagen. Und für mich steht fest: wir brauchen einen starken und gut aufgestellten öffentlich-rechtlichen Rundfunk – deswegen sind die Reformen wichtig, um ihn digitaler, schlanker und moderner zu machen.

Lassen Sie mich kurz auf die einzelnen Verträge eingehen:

Dieser heute nun vorliegende 6. Medienänderungsstaatsvertrag stärkt den Schutz von Kindern und Jugendlichen in digitalen Räumen. Das ist notwendig, denn auf der einen Seite schaffen digitale Medien Chancen, die frühere Generationen sich nicht hätten ausmalen können. Aber sie bergen auf der anderen Seite auch Risiken, auf die wir Antworten geben müssen. Zum Beispiel wenn Heranwachsende auf Inhalte stoßen, die für ihr Alter und ihre Entwicklung nicht geeignet sind. Wir schaffen Rahmenbedingungen, damit junge Menschen teilhaben können – aber nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Vor allem die technischen Möglichkeiten zum Jugendmedienschutz sollen mit Blick auf die Betriebssysteme mobiler Endgeräte verbessert werden, Eltern bekommen damit Werkzeuge an die Hand, um mehr Verantwortung übernehmen zu können.

Anrede,

lassen Sie mich losgelöst davon auch sagen:

Ich halte es für richtig, dass wir auch die Debatte über eine Altersbeschränkung für Soziale Medien neu führen. Die politischen Lösungen liegen vor allem in Brüssel, es braucht ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegenüber den großen Plattformanbietern – diese Landesregierung wird diese Debatte weiter aktiv mit antreiben und voranbringen.

Die sogenannten Sozialen Medien und die Plattformen dahinter sind mächtvolle Distributoren von Meinung und Beeinflussung nahezu ohne inhaltliche Checks and Balances – was für junge Menschen hochproblematisch sein kann.

Ein weiterer wichtiger Teil der heutigen Agenda ist die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mit dem Reformstaatsvertrag gehen wir einen ersten Schritt auf dem Weg der notwendigen Neustrukturierung der Öffentlich-Rechtlichen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt ein Kernstück unserer demokratischen Infrastruktur. Unabhängige, vielfältige, verlässliche Berichterstattung – das ist keine Kür, das ist Verfassungsauftrag.

Gerade deshalb müssen wir ihn auch verändern, verschlanken, digitaler und transparenter machen. Mit Beschäftigten, die Verantwortung übernehmen und mitten in der Gesellschaft verankert sind – nicht irgendwo im virtuellen Nirgendwo.

Der Reformstaatsvertrag, der 7. MÄStV, setzt dafür wichtige Leitplanken: weniger Doppelstrukturen, mehr Kooperation, klare Prioritäten für Information, Bildung und Kultur. Klar ist aber auch: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seine Rolle in Zeiten von Künstlicher Intelligenz, Desinformation und vielfältiger Medienkonkurrenz neu definieren. Wer Glaubwürdigkeit einfordert, muss jeden Tag aufs Neue zeigen, dass er sie verdient. Fälle wie die aktuelle Debatte um Julia Ruhs und das Format „Klar“ beim NDR machen deutlich, wie sensibel Vertrauen ist.

Sie zeigen, wie schwer der Weg ist zwischen notwendiger Programmverantwortung und der Wahrnehmung politischer oder gesellschaftlicher Einflussnahme.

Die Antwort darauf darf nicht sein, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schwächen.

Die Antwort muss sein: mehr Transparenz, mehr innere Debattenkultur, klare Regeln und gelebte Meinungsvielfalt.

Und das bringt uns zum letzten Punkt: Vertrauen braucht auch Verlässlichkeit bei der Finanzierung. Der 8. Medienänderungsstaatsvertrag reformiert das Verfahren zur Beitragsfestsetzung. Ziel ist ein fairer, nachvollziehbarer Mechanismus, der Unabhängigkeit sichert und politische Blockaden erschwert. Zugleich wissen wir leider schon jetzt: Dieser Staatsvertrag wird – mangels Zustimmung aller Länder – nicht in Kraft treten.

Das ist kein gutes Signal! Es bereitet mir große Sorgen, wenn es unter Demokraten nicht gelingt, hier zu einer Position zu kommen, der dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine auskömmliche Finanzierung sichert – die ihm verfassungsmäßig zusteht.

Und die politischen Mehrheitsverhältnisse könnten in den Ländern zukünftig tendenziell noch schwieriger werden. Umso wichtiger ist es, dass wir als niedersächsischer Landtag deutlich machen: Wir stehen zu einem auskömmlich finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk! Niedersachsen war und ist bereit, sich seiner Verantwortung zu stellen und das System der Beitragsfestsetzung zu reformieren, um die funktionsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dauerhaft zu gewährleisten.

Ohne eine auskömmliche Finanzierung kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine wichtigen Aufgaben zukünftig nicht mehr ausreichend wahrnehmen.

Und ja, um das auch klar zu sagen: Alle Verantwortlichen im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk sind auch gefordert, mehr Mut und mehr Tempo bei den notwendigen Reformen an den Tag zu legen, daran werden wir sie auch weiterhin messen und sie in die Pflicht nehmen! Meiner Überzeugung nach ist es ein enorm wichtiges Zeichen, das wir mit dem heutigen Beschluss in diesem Parlament senden:

Niedersachsen will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk modernisieren und für die Zukunft strukturell und finanziell gut aufstellen! Wir brauchen ein starkes öffentlich-rechtliches Medienangebot!

Aber das ist nur ein Teil der Lösung: Wir brauchen zudem auch starke private Medienhäuser und Rundfunkanbieter – und – beides ist längst kein Gegensatz mehr: Auch Verlage und private Rundfunkanbieter haben erkannt: Es geht um weit mehr als die alte Konkurrenzformel „privat gegen öffentlich-rechtlich“.

Öffentlich-rechtliche und private Anbieter stehen vor denselben Herausforderungen. Es sind vor allem große, überwiegend ausländische Plattformkonzerne, die Aufmerksamkeit und Werbeeinnahmen absaugen und dabei wenig Rücksicht auf unsere liberale Demokratie nehmen oder – und das dürfen wir nicht unterschätzen - sie bewusst schwächen. Konzerne bestimmen mit ihren Geschäftsmodellen, welche Inhalte sichtbar sind – Konflikte, Hass, Häme und Polarisierung versprechen längere Nutzungszeiten und werden deshalb von den Algorithmen nach oben gespült.

Der alte Gegensatz „öffentlicht-rechtlich gegen privat“ ist längst aus der Zeit gefallen. Beide sitzen mit Blick auf die Tech-Konzerne in einem Boot. Mit beiden habe ich in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche geführt und dabei ist deutlich geworden: die Sorgen um die Meinungsbeeinflussung und die Schwächung unserer Demokratie nehmen selbstverständlich auch in den Verlags- und Medienhäusern zu. Unser Ziel ist eine vielfältige Medienlandschaft und dazu gehören starke öffentliche und starke private Angebote.

In den Staatsverträgen schaffen wir mehr Raum für Kooperationen zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern. Ich werde diesen Prozess aktiv begleiten und die niedersächsischen Akteure beider Seiten zusammenbringen.

Dazu werde ich – nach einer Reihe von Vorgesprächen – zum Beginn des kommenden Jahres zu einem medienpolitischen Dialog einladen. Gemeinsam können wir besser ausloten, wo Synergien liegen, wie wir Qualität sichern und unsere demokratische Gesellschaft stärken.

Eingangs habe ich gesagt, es geht um viel mehr und deshalb rate ich uns allen dazu wieder ein bisschen mehr das Große und Ganze in den Blick zu nehmen – gerade auch bei der Medienpolitik - und uns nicht im Klein-Klein zu verkämpfen: Diese Reformen gelingen nur, wenn Demokratinnen und Demokraten miteinander kompromissfähig bleiben.

Wenn wir uns in der Medienpolitik blockieren, stärkt das genau diejenigen, die seriöse Medien verächtlich machen wollen. Wer dauernd Zweifel an unabhängigen Medien sät, arbeitet – bewusst oder unbewusst – an der Aushöhlung unserer Demokratie.

Anrede,

Jugendschutz, Auftrag, Struktur und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – das gehört zusammen.

Es geht darum, dass die Menschen in unserem Land auch morgen noch zuverlässige und vielfältige Informationen erhalten, auf deren Grundlage sie sich eine Meinung bilden können – das ist eine zentrale Grundlage unserer Demokratie. Dass sie gut informiert entscheiden können – im Betrieb, im Netz und an der Wahlurne. Dafür brauchen wir vielfältige Medien mit starken Journalistinnen und Journalisten – und eine wesentliche Säule ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

Die drei vorliegenden Gesetzentwürfe leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

Ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung. Vielen Dank.